

## China gratuliert Lukaschenko

Die Volksrepublik China ist eines der wenigen Länder, die sich ausgezeichneter Beziehungen zu Weißrussland und dessen Präsident Lukaschenko erfreuen. Da die chinesische Regierung in ihrer Außenpolitik nach wie vor den klassischen modernen Vorstellungen von Souveränität und den Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten folgt, war auch der im Zusammenhang mit den weißrussischen Präsidentschaftswahlen in Westeuropa erhobene Vorwurf von Demokratiedefiziten für die chinesische Regierung kein Thema. Als eine der ersten Regierungen gratulierte die chinesische Regierung Lukaschenko zur Wiederwahl ins Präsidentenamt. Das Glückwunschtelegramm im Namen Hu Jintaos wurde schon im Anschluss an die erste Hochrechnung abgesendet, noch bevor die Stimmen endgültig ausgezählt waren. China, so Hu Jintao in seiner Glückwunschschaft unmittelbar im Anschluss an die Hochrechnungen, die Lukaschenko zum Wahlsieger erklärten, respektiere den Entwicklungsweg, den Weißrussland gewählt habe. Er hoffe, so Hu weiter, dass sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf der Basis der Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz weiter entwickeln werden und ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen und Kooperation zwischen China und Weißrussland realisiert werden können. (XNA, 23.3.06)

## Innenpolitik

Heike Holbig und Katrin Willmann

### Ungewisse politische Zukunft für erkrankten Huang Ju

Huang Ju, Mitglied des neunköpfigen Ständigen Ausschusses des Politbüros und erster stellvertretender Ministerpräsident, ist seit Mitte Januar 2006 zu wichtigen politischen Anlässen nicht mehr in der Öffentlichkeit erschienen. Spekulationen über eine schwere Erkrankung des 68-jährigen wurden Mitte Februar offiziell bestätigt. Soweit aus üblicherweise gut informierten Hongkonger Quellen zu erfahren ist, leidet Huang an Bauchspeicheldrüsenkrebs, einer verhältnismäßig schwer zu behandelnden Krebsform. Zwar wurde Anfang März vermeldet, dass Huang Ju nach längerem Klinikaufenthalt auf dem Weg der Besserung sei, doch steht seine weitere politische Zukunft bis auf Weiteres im Ungewissen.

Wie in internationalen Finanzkreisen befürchtet wird, könnte die Erkrankung Huang Jus, der als erster stellvertretender Ministerpräsident für Finanz- und Wirtschaftspolitik verantwortlich ist, dazu führen, dass anstehende Entscheidungen im Bereich der Banken- und Finanzsektorreform verzögert werden. Dazu zählen auch Entscheidungen über Restrukturierungen verschiedener heimischer Banken sowie die Beteiligung ausländischer Banken an chinesischen Bankhäusern. Die Unsicherheit im finanzpolitischen Bereich dürfte sich allerdings insofern in Grenzen halten, als wichti-

ge Entscheidungen auf diesem Gebiet in der Regel ohnehin kollektiv entschieden werden und mit Ministerpräsident Wen Jiabao ein langjähriger Finanzfachmann zur Verfügung steht. Die bisherigen Zuständigkeiten Huang Jus dürften vorübergehend auf die anderen drei stellvertretenden Ministerpräsidenten Wu Yi, Zeng Peiyan und Hui Liangyu verteilt werden.

Mit größerer Unsicherheit ist allerdings die Frage nach den politischen Auswirkungen auf die machtpolitische Kräftekonstellation innerhalb der Parteiführung behaftet, die die Erkrankung Huang Jus nach sich ziehen könnte. Huang Ju, der seit 1991 zunächst als Bürgermeister und ab 1995 als Parteisekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai tätig war, gilt als engster Vertrauter des früheren Staats- und Parteichefs Jiang Zemins innerhalb der so genannten Shanghai-Clique. Wie Hongkonger Kommentatoren einschätzen, war es gerade seine enge persönliche Verbindung zu Jiang Zemin sowie sein konfliktreiches Verhältnis zu anderen Shanghaier Politikern, die zum 16. Parteitag der KPCh im Herbst 2002 den Anlass gaben, Huang Ju als Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros nach Beijing zu versetzen und ihn damit von seiner Shanghaier Machtbasis zu isolieren. Seit dem vollständigen Rückzug Jiang Zemins aus allen politischen Ämtern scheint der persönliche Einfluss Huang Jus, der „No. 6“ im Politbüro, auf den parteipolitischen Entscheidungsprozess zunehmend beschränkt, doch gilt seine Mitgliedschaft im neunköpfigen Ständigen Ausschuss des Politbüros weiterhin als Garant für die Interessenwahrung der Shanghai-Clique.

Angesichts dieser Konstellation dürften für Huang trotz seiner schweren Erkrankung wenig Anreize bestehen, seinen Platz im Politbüro vor dem für den Herbst 2007 geplanten 17. Parteitag der KPCh freiwillig zu räumen und damit gegebenenfalls die Voraussetzung für eine Neubesetzung zu schaffen, die das Kräftegleichgewicht innerhalb der Parteiführung zugunsten Hu Jintaos verschieben könnte. Solange nicht eine gravierende Verschlechterung seines Gesundheitszustands eintritt, könnte Huang Ju sich so in die Reihe hochrangiger Parteipolitiker einreihen, die trotz schwerer Krankheit aus politischem Kalkül heroisch in ihren Ämtern ausharren. (SCMP, 22., 27.2., 3.3.06; Ming Pao website, 15.2.06, nach BBC PF, 16.2.06; FT, 23.2.06) -Holbig-

### **Neue Evaluierungskriterien für lokale Partei- und Regierungskader**

Die für Personalentscheidungen zuständige Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh hat im Februar und März 2006 neue Kriterien für die Evaluierung lokaler Partei- und Regierungskader festgelegt. Der erweiterte Kriterienkatalog soll auf über 100.000 Neubesetzungen von Partei- und Regierungsmännern von Provinz- bis hinunter auf Gemeindeebene Anwendung finden, die bis zum 17. Parteitag der KPCh im Herbst 2007 anstehen.

Bislang waren die Aufstiegsmöglichkeiten lokaler Kader im Rahmen eines personenbezogenen Verantwortlichkeitssystems vor allem an die Erfüllung quantitativer ökonomischer Zielvorgaben gebunden. Wich-

tigstes Kriterium für die persönliche Evaluierung war dabei die wirtschaftliche Wachstumsrate im betreffenden Verwaltungsbezirk mit der Folge, dass lokale Kader starke Anreize hatten, kurzfristig wirksame Investitionen zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums ohne Rücksicht auf qualitative soziale oder ökologische Belange zu veranlassen.

Um dieses Phänomen einzudämmen, hat die ZK-Organisationsabteilung der KPCh nun beschlossen, der Evaluierung lokaler Partei- und Regierungskader statt der einseitigen Gewichtung quantitativer ökonomischer Zielmarken zukünftig einen erweiterten Kriterienkatalog zugrunde zu legen. So sollen im Rahmen der von der Parteiführung zuletzt formulierten Strategie nachhaltiger Entwicklung die Wahrung bzw. Verbesserung der lokalen „Umweltqualität“ und andere ökologische Aspekte bei der Beurteilung von Kadern stärkere Berücksichtigung finden. Auch die Fähigkeit lokaler Partei- und Regierungsfunktionäre, soziale Probleme adäquat zu lösen, soll als Entscheidungskriterium für die Neubesetzung von Ämtern insbesondere von der Kreisebene aufwärts herangezogen werden. Schließlich sollen die „öffentliche Meinung“ und das Ansehen der betreffenden Kader in der lokalen Bevölkerung in Form von gezielten Meinungsumfragen und Medienberichten in Zukunft als zentraler Bewertungsmaßstab bei Personalentscheidungen auf lokaler Ebene erfasst werden. Entsprechende Pilotprojekte laufen bereits in den Provinzen Zhejiang und Sichuan sowie in der Inneren Mongolei und sollen nun auf das gesamte Land ausgedehnt werden.

Wie die ZK-Organisationsabteilung weiterhin beschloss, müssen Führungskader von der Kreisebene aufwärts während jeder Amtsperiode zukünftig zwei Rechenschaftsberichte über ihre Arbeit vorlegen. Die Berichte, die jeweils zur Mitte und ein Jahr vor Ablauf der jeweiligen Amtszeit einzureichen sind, sollen neben der Darstellung der geleisteten Arbeit insbesondere auch auf die öffentliche Meinung und auf die Einschätzung des jeweiligen Kadern in der lokalen Bevölkerung eingehen. (Xinhua, 11., 26.2.06, nach BBC PF, 12., 28.2.06; XNA, 22., 26.2., 7.3.06; ST, 16.2., 9.3.06) -Holbig-

### **Scharfe Proteste gegen ZK-Propagandaabteilung nach Schließung einer liberalen Wochenzeitung**

Die Propagandaabteilung des Zentralkomitees der KPCh ist unter heftigen öffentlichen Beschuss geraten, nachdem sie Ende Januar 2006 die Schließung einer populären hauptstädtischen Wochenzeitung angeordnet hatte. Die jüngste Zensurmaßnahme hat zu einer Solidarisierungswelle unter liberalen Parteiveteranen, Publizisten und Intellektuellen geführt und politische Grundsatdebatten über die Rolle von Pressefreiheit und Nationalismus in der chinesischen Gesellschaft ausgelöst.

Die Schließung von *Bingdian* („Gefrierpunkt“), einer seit dem Jahr 1995 mit einer Auflage von 500.000 Stück erscheinenden Wochenbeilage der *Zhongguo Qingnian Bao* (*China Youth Daily*), am 24. Januar 2006 wurde in chinesischen Journalistenkreisen als jüngster Höhepunkt einer seit dem Jahr

2004 stetig intensivierten parteistaatlichen Zensurkampagne gegen liberale Zeitungen des Landes verzeichnet. Eng verknüpft mit dem Namen seines langjährigen Chefredakteurs Li Datong, genoss das vierseitige Wochenblatt den Ruf als Vorbild eines liberalen investigativen Journalismus, der in politischen und gesellschaftlichen Debatten klare Stellung bezog. Damit galt es als Aushängeschild der Mutterpublikation *China Youth Daily*, selbst ein relativ populäres Sprachorgan des Kommunistischen Jugendverbandes.

Unmittelbarer Anlass für die Ende Januar veranlasste Schließung des Blattes war die Publikation eines Artikels von Yuan Weishi, eines Geschichtsprominenten an der Zhongshan-Universität in Guangzhou, über die historiographische Aufbereitung der späten Kaiserzeit (bis 1911) in volksrepublikanischen Schulbüchern. In seinem Beitrag mit dem Titel „Modernisierung und Schulbücher“, den er in ähnlicher Form bereits im Jahr 2002 in einer Guangzhouer Zeitschrift der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, relativierte Professor Yuan die Opferrolle gegenüber der imperialistischen Aggression, wie sie dem ausgehenden Qing-Reich in der marxistischen Geschichtsschreibung zugewiesen wird. Nach Darstellung Yuans sei es in erster Linie die innere politische Schwäche der späten Qing-Regierung gewesen, die zu fremdenfeindlichen Bewegungen im eigenen Land geführt und damit die militärische Aggression westlichen Mächte erst provoziert habe. Strittig sei insbesondere die übliche Bewertung des Boxer-Aufstandes des Jahres 1900, der in Schulbüchern fälschlicherweise als positives Symbol des „antiimperialistischen und antifeudalistischen“ Be-

freiungskampfes des chinesischen Volkes gewürdigt werde, tatsächlich aber als eine „antizivilisatorische und antihumane“ fremdenfeindliche Bewegung zu bewerten sei, der auch im eigenen Land zahlreiche Menschen zum Opfer gefallen seien. Umso gefährlicher sei es, wenn zeitgenössische Schulbücher den Boxer-Aufstand als Ikone des antiimperialistischen Befreiungskampfes Chinas stilisierten und damit dazu beitragen, unter der heutigen Jugend Chinas einen „blinden Nationalismus“ zu mobilisieren.

Nach Auffassung der ZK-Propagandaabteilung habe Yuan Weishi mit seinem Beitrag die Geschichte verfälscht und die nationalen Gefühle des chinesischen Volkes beleidigt. Darüber hinaus sehen Kommentatoren in dem Beitrag zugleich einen impliziten Angriff auf das historische Deutungsmonopol der KPCh, die das „Jahrhundert der Demütigung“ Chinas durch die imperialistischen Westmächte als zentralen Bestandteil ihres Gründungsmythos instrumentalisiert hat.

In einer beispiellosen „gemeinsamen Erklärung“, die als offener Brief im Internet verbreitet wurde, reagierten am 2. Februar 13 angesehene liberale Parteiveteranen und Publizisten auf die Schließung von *Bingdian*, unter ihnen Zhu Houze, früherer Leiter der ZK-Propagandaabteilung, Li Rui, ehemaliger Sekretär Mao Zedongs, Li Pu, früherer Direktor der Xinhua-Nachrichtenagentur, und Hu Jiwei, früherer Herausgeber der *Renmin Ribao* (Volkszeitung). Sie kritisierten die zahlreichen seit dem Jahr 2004 ergriffenen Zensurmaßnahmen der ZK-Propagandaabteilung als Ausdruck einer totalitären Mentalität, die fälschlicherweise glaube, dass eine obskurantistische Medien-

politik, die die Bevölkerung über wichtige gesellschaftliche Belange im Dunkeln lasse, dem Machterhalt dienen könne. Am „historischen Scheidepunkt der Transformation Chinas von einem zentralistischen zu einem konstitutionalistischen System“ könne die politische Stabilität des Landes aber nur durch eine klare Garantie von Presse- und Meinungsfreiheit erhalten bleiben. Vor diesem Hintergrund sei die jüngste verfassungs- und gesetzeswidrige Schließung der Zeitung *Bingdian* ein schwerer Fehler, den es dringend zu berichtigen gelte. Die 13 Autoren des offenen Briefes forderten deshalb eine grundlegende Selbstkritik der ZK-Propagandaabteilung und die Auflösung der für die Zensurmaßnahmen unmittelbar verantwortlichen Fachabteilung (der so genannten „Begutachtungs- und Kommentierungsgruppe“), ferner die Aufhebung des Publikationsverbots von *Bingdian* sowie die Verabschiedung eines Gesetzes zum Schutz von Journalisten.

Unterstützt durch diesen Solidarisierungsakt hochrangiger Parteivertreter entschlossen sich auch der Chefredakteur von *Bingdian*, Li Datong, und sein Stellvertreter, Lu Yuegang, zu einer offensiven Reaktion auf die Schließung ihres Blattes. In einem Petitionsschreiben vom 6. Februar an die ZK-Disziplinarkontrollkommission (mit Abschriften adressiert an mehrere höchst-rangige Parteipolitiker, unter ihnen Hu Jintao, Wen Jiabao, Zeng Qinghong und Liu Yunshan) forderten sie innerhalb von sieben Tagen eine verbindliche Erklärung über die genauen Gründe für die Schließung. Nachdem der Kommunistische Jugendverband als vorgesetzte Instanz die Weiterleitung der Pe-

tition kurzerhand ablehnte, leiteten die beiden Redakteure das Schreiben über private Kanäle weiter.

Mitte Februar erging daraufhin eine Meldung der ZK-Propagandaabteilung, dass die Publikation der Wochenbeilage zum 1. März 2006 wieder aufgenommen werden könne. Als Bedingung wurde allerdings verlangt, dass in der ersten Ausgabe eine Kritik an dem Artikel Yuan Weishis veröffentlicht werde, der den Anlass für die Schließung gegeben habe. Den beiden zuständigen Redakteuren Li Datong und Lu Yuegang wurde zugleich die weitere Verantwortlichkeit für *Bingdian* entzogen; stattdessen wurden ihnen nichtpublizistische Tätigkeiten in einer Forschungsabteilung des Verlagshauses der *China Youth Daily* zugewiesen.

Die Absetzung von Li und Lu provozierte wiederum ein Solidaritätsschreiben von 13 prominenten Akademikern und Publizisten, unter ihnen der bekannte Rechtsprofessor He Weifang, der Soziologe Qin Hui und der Historiker Zhu Xueqin, das sie am 14. Februar als offenen Brief an die Mitglieder des Politbüros richteten. Darin argumentierten sie, dass soziale Stabilität nicht auf der Grundlage von Zensur und Unterdrückung gegründet werden können, sondern vielmehr voraussetze, dass die Öffentlichkeit funktionsfähige Kanäle zur Verarbeitung sozialer Probleme benötige. Den verfassungswidrigen Zensurmaßnahmen der vergangenen Jahre sei daher dringend ein Ende zu setzen. Auch Li Datong und Lu Yuegang protestierten gegen ihre Absetzung und argumentierten, dass die Parteiführung mit diesem unrechtmäßigen Schritt ihre eigenen Ambitionen zur Schaffung einer „har-

monischen Gesellschaft“ untergraben und dass „keine noch so mächtige Autorität das Streben der menschlichen – einschließlich der chinesischen – Gesellschaft nach Freiheit unterbinden“ könne.

Ebenfalls mit Bezug auf zentrale Schlagworte der jüngsten Parteipolitik meldete sich schließlich Professor Yuan Weishi zu Wort. In mehreren engagierten öffentlichen Stellungnahmen plädierte der 74-Jährige zwischen Mitte Februar und Anfang März für die öffentliche und akademische Meinungsfreiheit, die eine tabufreie Auseinandersetzung mit der chinesischen Geschichte und zeitgenössischen Problemen der chinesischen Gesellschaft ermögliche. Nur durch eine freie öffentliche und akademische Debatte, die durch grundlegende politische Reformen gewährleistet werden müssten, könnten so wichtige politische Ziele wie eine harmonische Gesellschaft, Innovation und nationale Wiedervereinigung erreicht werden, nicht dagegen mit Mitteln der Zensur und Repression, wie sie zuletzt an kulturrevolutionäre Praktiken erinnert hätten. Auf die Kritik Zhang Haipengs, einem Historiker der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, an seinem Artikel, die in der *Bingdian*-Ausgabe vom 1. März erschien, reagierte er konstruktiv im Sinne freien akademischen Meinungsaustausches und kündigte eine ausführliche Verteidigung seiner Position an.

Über mögliche innerparteiliche Konflikte zwischen konservativen und liberalen Kräften im Hintergrund des Vorfalls kann nur gemutmaßt werden. So spekulieren etwa einige Hongkonger Kommentatoren, dass die Schließung von *Bingdian* eigentlich einen

Angriff auf Hu Jintaos Machtbasis im Kommunistischen Jugendverband darstelle, der angesichts sich häufender sozialer Unruhen zunehmend von Seiten des konservativen Parteiflügels unter Druck geraten sei. Ungeachtet solcher Mutmaßungen, deren pauschale Dichotomie „liberale“ versus „konservative“ Kräfte angesichts der komplexen innenpolitischen Lage stark vereinfachend erscheint, zeigt der jüngste Vorfall um die Wochenzeitung die latente Vitalität einer intellektuellen und politischen Debatte in der Volksrepublik. Neuartig daran scheint insbesondere das engagierte kollektive Auftreten liberaler Intellektueller, das eine nachhaltigere Wirkung haben dürfte als Akte individueller Remonstranz, wie sie in der Vergangenheit wiederholt zu beobachten war (wie etwa in Gestalt des Pamphlets, mit dem der Beijinger Journalismus-Professor Jiao Guobiao im Jahr 2004 gegen die Zensurwillkür der ZK-Propagandaabteilung zu Felde gezogen war). Die nun ausgelösten Grundsatzdiskussionen zum einen über die Rolle der Pressefreiheit versus dem autoritären Kontrollanspruch der Partei sowie zum anderen über die Bewertung der chinesischen Geschichte und die Rolle des Nationalismus im heutigen China scheinen zugleich eine Mobilisierungskraft zu besitzen, die über den akuten Anlass parteistaatlicher Zensur deutlich hinausgehen dürfte. (SCMP, 26.1., 15., 16., 17., 18.2., 2., 16.3.06; Ming Pao website, Hong Kong, 26.1., 14., 15., 18., 22.2.06, nach BBC PF, 1., 15., 16., 19., 20., 25.2.06; *Hong Kong Economic Journal (Hsin Pao)*, 1.2.06, nach BBC PF, 6.2.06; Kyodo News Service, 1.3.06, nach BBC PF, 2.3.06; ST, 9., 16., 17., 27.2., 1.3.06; WSJ, 15., 16., 17., 18.2., 6., 8.3.06;

IHT, 15.2.06; NZZ, 15.2.06; FAZ, 9.3.06)  
-Holbig-

### **Fortsetzung von gesellschaftlichen Unruhen und Reaktionen auf die Proteste der letzten Monate**

Im Berichtszeitraum Februar bis März 2006 waren in der VR China Nachwirkungen der gesellschaftlichen Proteste der vergangenen Monate sowohl auf Regierungsseite als auch auf Seiten der Protestierenden zu beobachten. Zudem ereigneten sich neuerliche Vorfälle von gesellschaftlichen Unruhen in ländlichen Gebieten.

Die parteistaatliche Führung reagierte auf die jüngsten gewaltsamen Proteste in zweifacher Weise. Einerseits bekannten sich Regierungsvertreter wie z.B. der Provinzgouverneur von Guangdong, Huang Huahua, bis hin zur parteistaatlichen Führung zur Problematik und benannten die Gründe für die steigende Zahl der Bauernproteste offen. Welch hohe Priorität die Bekämpfung der Ungleichheit zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung, zumindest verbal, besitzt, zeigte sich darin, dass die Verbesserung der Lebensumstände auf dem Land anlässlich der vierten Jahrestagung des X. Nationalen Volkskongresses (NVK) im März 2006 dezidiert in den Mittelpunkt gerückt wurde (zur Einschätzung der neuen Programmatik des „sozialistischen ländlichen Raumes“ siehe Im Fokus von Heike Holbig).

Andererseits wurden lokale Partei- und Regierungsfunktionäre sowie Sicherheitskräfte zur schärferen Wachsamkeit ermahnt.

Staats- und Parteichef Hu Jintao nutzte zeitnah zu den letzten gewaltsamen Protesten in der südchinesischen Provinz Guangdong im Dezember 2005 und Januar 2006 eine Inspektionsreise durch die Provinz Fujian Anfang Februar dazu, Funktionäre auf der Lokalebene, denen die Zentralregierung für die Proteste eine große Mitverantwortung zuschreibt, auf die Dringlichkeit des Problems aufmerksam zu machen (vgl. C.a., 1/2006, S. 109-111). Hu warnte eindringlich davor, dass Vorfälle wie in Panyu und Shanwei nur die Spitze des Eisbergs seien, und solch gravierende Probleme mit den Partei- und Regierungsfunktionären auf der Lokalebene nicht nur auf Guangdong beschränkt seien, sondern vielmehr landesweit alle Regierungsebenen betreffen.

Das Ministerium für öffentliche Sicherheit kündigte Anfang Februar d.J. darüber hinaus an, in Erwartung einer steigenden Zahl gesellschaftlicher Proteste die Zahl der Polizeikräfte an der Basis deutlich erhöhen zu wollen. Bislang waren lediglich 50% der Polizeikräfte auf der Lokalebene in den Polizeivierteln, Haftanstalten und Verkehrsverwaltungsbüros beschäftigt. Ihr Anteil soll auf 85% erhöht werden. Für die Zukunft lässt sich damit also eine unvermindert rigorose und gewaltsame Niederschlagung von gesellschaftlichen Protesten erwarten, wie sie in den vergangenen Monaten von staatlichen Sicherheitskräften bereits praktiziert wurde.

Auf Seiten der betroffenen ländlichen Bevölkerung lassen sich Tendenzen erkennen, dass sich Protestierende offenbar nicht immer durch die gewaltsamen Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften abschre-

cken oder entmutigen lassen, verzichteten sie in einigen Fällen doch nicht auf die weitere Einforderung ihrer Rechte. Als eindringlichstes Beispiel lassen sich die Bewohner des Dorfes Taishi (Provinz Guangdong) anführen, die aufgrund des Versuchs einer demokratischen Mitbestimmung und der darauf folgenden Protestaktionen im September 2005 Berühmtheit erlangten (vgl. 6/2005, Dok 10; zu den weiteren Nachwirkungen der Proteste in Taishi siehe nachfolgende Dokumentation). Im März 2006 erregten sie erneut große Aufmerksamkeit, als sie sich trotz ihrer Niederlage im vergangenen Jahr ein weiteres Mal darum bemühten, mit legalen rechtlichen Mitteln ihre Interessen zu vertreten. So wählten die Dorfbewohner den Anführer der Proteste im vergangenen Jahr, Feng Qiusheng, der für sein Engagement monatelang im Gefängnis gesessen hatte, als Mann aus ihren Reihen zum Delegierten für den Volkskongress des Verwaltungsbezirks. Als dieser die erforderliche Mehrheit verfehlte, setzte sich die Dorfgemeinschaft in der Folge gegen die vermutete Wahlmanipulation zur Wehr. So kritisierten sie, dass Vertreterstimmen für diejenigen Wahlberechtigten, die ihre Stimme nicht abgeben konnten, nur selektiv für den Gegenkandidaten vergeben wurden und forderten deshalb Neuwahlen. Die Appelle der Bevölkerung Taishis konnten das amtliche Wahlergebnis jedoch nicht mehr beeinflussen. Ende März wurde der Gegenkandidat offiziell zum Sieger erklärt. Die Bemühungen um demokratische Mitbestimmung in Taishi scheinen damit wohl erneut zerschlagen worden zu sein.

Ein weiteres Beispiel für den ungebrochenen Willen zur Einforderung von Rechten boten Protestierende im Dorf Aoshi, ebenfalls Provinz Guangdong. Nachdem ihre Petitionen wegen unrechtmäßiger Landnahmen, die sie regelmäßig bei den zuständigen Lokal- und Regierungsstellen eingereicht hatten, unbeantwortet blieben, entschlossen sich die Dorfbewohner, ein Videoband, das gewaltsame Übergriffe von staatlichen Sicherheitskräften Ende September 2004 dokumentiert, im Internet zur Veröffentlichung und Kopien auch an internationale Medien weiterzugeben. Im Juni 2005 war bereits die Gewalteskalation zwischen Bauern und Sicherheitskräften in Shengyou (Provinz Hebei) auf Video festgehalten und veröffentlicht worden und hatte internationale Aufmerksamkeit erregt (vgl. C.a., 2005/4, Ü 15). Selbst wenn den Einwohnern von Aoshi mit dem Beweismittel eines veröffentlichten Videobands keineswegs die Durchsetzung ihrer Rechte garantiert ist, so dürften sie damit immerhin den Druck auf die Petitionsstellen erhöhen und ihre Argumentation auch bei einer gerichtlichen Auseinandersetzung unterstützen können.

Der Parteisekretär von Guangdong, Zhang Dejiang, gerät unterdessen wegen der vielen Fälle von gesellschaftlichen Unruhen in seiner Provinz immer stärker unter Druck und musste sich Mitte Februar einer Selbstkritik vor dem Zentralkomitee der KPCh stellen. Die Hongkonger Zeitung *Apple Daily* berichtete im Februar von einem weiteren Konflikt zwischen mehreren Hundert Angehörigen der Yao-Minderheit und Regierungskräften im autonomen Verwaltungsbezirk Liannan im Norden der Pro-

vinz Guangdong. Protestierende hatten von den lokalen Partei- und Regierungsfunktionären die Freilassung mehrerer Mitglieder ihrer Dorfgemeinschaft gefordert. Bei den Zusammenstößen wurde ein Polizist getötet. Ferner beendeten Ende Januar ca. 5.000 bis 7.000 Polizisten eine Demonstration von ca. 3.000 bis 5.000 städtischen Beschäftigten, deren Arbeitsplätze vernichtet worden waren, in Shenzhen gewaltsam. (*Ping Kuo Jih Pao*, 4., 14.2.06, nach PPC PF, 5., 17.2.06; ST, 21.1., 9., 27.2.06; Xinhua, 8.2.06, nach BBC PF, 9.2.06; SCMP, 7., 8.2., 22.3.06; WSJ, 31.3.06) -Willmann-

### Landesweiter Hungerstreik

Am 4. Februar 2006 initiierte der Rechtsanwalt Gao Zhisheng aus Protest gegen die zunehmenden Repressalien gegen Dissidenten und im Nachgang zu der gewaltsamen Niederschlagung von Bauernprotesten in Taishi im September 2005 einen Hungerstreik, der sogleich auf Solidarität im Inland – und bald danach auch im Ausland – traf. Bis zu 370 Personen sollen sich allein im Februar an den 24 bis 48-stündigen Hungerstreiks beteiligt haben; mehr als 2.000 Sympathisanten landesweit, in der Sonderverwaltungsregion Hongkong sowie auf Taiwan drückten ihre Solidarität in Form von Protestmails und Anrufen aus. Seit dem 13. Februar wird der Weg des gewaltlosen Widerstands gegen Zivilrechtsverletzungen im Internet auch im Ausland propagiert und um Unterstützer gewonnen. Eine prominente Rolle bei der Verbreitung des Protestgedankens dürfte dabei der Falungong-Bewegung zukommen, wie eine Analyse der Website [www.jueshi.org](http://www.jueshi.org)

(chinesisch für „Hungerstreik“) vermuten lässt. Ein Ende des Hungerstreiks ist bislang noch nicht in Sicht.

Gao setzt sich als Rechtsanwalt in Beijing u.a. für Klienten ein, deren Land von korrupten Funktionären enteignet wurde, für Anhänger der Falungong-Bewegung, die sich polizeilichen Übergriffen ausgesetzt sehen, und für Mitglieder der chinesischen Untergrundkirche. Seine Kritik an der Regierungspolitik der KPCh äußert der Rechtsanwalt ebenso in offenen Briefen an die parteistaatliche Führung. Aufgrund dieses Engagements wurde ihm im Dezember 2005 die Anwaltslizenz entzogen, seither steht er unter ständiger Beobachtung staatlicher Sicherheitskräfte.

Soweit sich aus Presseberichten rekonstruieren lässt, diente als konkreter Anlass für Gaos Aufruf zum Hungerstreik, den er selbst als „letzte Rettung“ bezeichnete, die Gewaltanwendung staatlicher Sicherheitskräfte gegenüber dem Rechtsanwalt Yang Maodong, auch bekannt unter seinem Pseudonym Guo Feixiong (SCMP, 6.2.06). Zu dem Zusammenstoß kam es bei Yangs Versuch, Anfang Februar nach Taishi (Provinz Guangdong) zu reisen. Dort hatte Yang im Herbst letzten Jahres die Dorfbewölkerung bei der Abwahl ihres korrupten Dorfvorstehers unterstützt und sich nach der Weigerung der Dorfverwaltung auf die legale Abwahl mit Rücktritt zu reagieren an dem Hungerstreik der Protestierenden beteiligt. Wegen seines Engagements war Yang verhaftet worden (vgl. C.a., 2005/6, Dok 10; zu den weiteren Aktivitäten der Dorfbewölkerung siehe Dok. oben in diesem Heft).

Der Konflikt zwischen Sicherheitskräften und Yang Maodong verschärfte sich im Laufe des Februar noch weiter, als dieser wenige Tage später vor dem Sitz der parteistaatlichen Führung in Beijing, Zhongnanhai, gegen das gewaltsame Vorgehen gegen Bauernproteste in Taishi und Shangwei (Provinz Guangdong) im September und Dezember 2005, die wiederholten Repressalien gegenüber Menschenrechtsaktivisten sowie die Schließung von *Bingdian*, einer populären Beilage zur Wochenzeitung *China Youth Daily*, im Januar 2006 protestierte (siehe dazu Dok. in diesem Heft). Nach seiner zweitägigen Verhaftung eskortierten Sicherheitskräfte Yang von Beijing zurück ins südchinesische Guangzhou (Provinz Guangdong). Nicht nur Yang, sondern auch Gao Zhisheng als Initiator und andere Streikende wie der bekannte Aids-Aktivist Hu Jia mussten sich im Februar und März wegen des Hungerstreiks den Befragungen der Sicherheitskräfte stellen oder wurden vorübergehend inhaftiert.

Neben Yang Maodong messen auch einige politische Beobachter im Ausland dem andauernden Hungerstreik, der im Schneeballsystem auf immer mehr Beteiligung trifft, das Potenzial dafür bei, die aufkeimende „Zivilrechtsbewegung“ in der VR China voranzutreiben (SCMP, 3.3.06). Bislang sei die so genannte „Taishi-Bewegung“ zwar noch diffus und vereine unterschiedliches liberales Gedankengut, sie nehme jedoch an Schlagkraft stetig zu. Jean-Philippe Beja, Direktor des Pariser Zentrums für Internationale Studien und Forschung, datiert den Beginn der Bewegung auf das Jahr 2003, als der Wuhaner Universitätsabsolvent Sun

Zhigang nach der Internierung durch Polizeikräfte aus Guangzhou in Folge von Gewaltanwendungen gestorben war. Sun hatte sich zu Schulden kommen lassen, dass er bei einer Kontrolle keine Aufenthaltsgenehmigung vorzeigen konnte (vgl. C.a., 2003/6, Ü 9). Beja wies darauf hin, dass die parteistaatliche Führung die liberalen gesellschaftlichen Kräfte ernst nehmen müsse, da sie, wie im Falle Taishis, innerhalb des gesetzlichen Rahmens handelten und Rechte einforderten, die ihnen zustünden. Sie würden sich mit ihrer Kritik nicht gegen die Partei sowie das Rechts- und politische System in Gänze richten. Ferner gewinne die aufkeimende Zivilrechtsbewegung immer mehr öffentlichen Zuspruch, wie sich am Beispiel des jüngsten Hungerstreiks deutlich zeige, so Beja. (WSJ, 26.2., 3., 4.3.06; *Ping Kuo Jih Pao*, 13.2.06, nach BBC PF, 16.2.06; SCMP, 13.2., 3.3.06; IHT, 7.3.06; <http://www.jueshi.org/de/home.html>)-Willmann-

### **Neue Bestimmungen und Planungen zur Umweltverschmutzung und Energieknappheit**

Die chinesische Regierung veröffentlichte am 20. Februar 2006 mehrere Bestimmungen zur Bestrafung von Regierungsfunktionären, die aufgrund von Korruptionsdelikten und Amtsmissbrauch zu Umweltschäden beitrugen. Dieser Schritt ist in direktem Zusammenhang mit den jüngsten Umweltkatastrophen zum Jahreswechsel 2005/2006 zu sehen. In den meisten Fällen hatten sich Regierungs- und Parteifunktionäre auf zen-

traler wie auch lokaler Ebene großer Versäumnisse schuldig gemacht. Das behördliche Fehlverhalten, etwa in der Informationspolitik oder der Prävention von Unfällen durch Schließung von Fabriken und Unternehmen mit erhöhtem Sicherheitsrisiko, hatte maßgeblichen Einfluss auf die Anwohner bezüglich der gesundheitsschädigenden Auswirkungen gehabt (vgl. C.a., 1/2006, S. 57-65).

Die neuen Bestimmungen setzen sich aus 16 Artikeln zusammen, in denen verschiedene Sanktionsarten, von Disziplinarverwarnungen bis hin zum Ausschluss von öffentlichen Ämtern, aufgeführt werden. Zu den aufgelisteten Delikten zählen dabei fehlende Berichte nach Umweltkatastrophen, oder Versäumnisse bei der Schließung von Unternehmen, die gravierende Umweltverschmutzungen verursachen. Während durch bisherige Regelungen vor allem die Umweltsünder selbst rechtlich haftbar zu machen sind, richten sich die neuen Bestimmungen erstmals dezidiert auf die zuständigen Regierungs- und Parteifunktionäre.

Der steigende Energieverbrauch als eine der Ursachen für die zunehmende Umweltverschmutzung und Energieknappheit, wurde im Berichtszeitraum ebenfalls erneut thematisiert. So gestand Ministerpräsident Wen Jiabao in seiner Pressekonferenz nach Beendigung der vierten Jahrestagung des X. Nationalen Volkskongresses (NVK) am 14. März ein, dass wichtige Ziele des 10. Fünfjahresplans (2001-2005) im Umweltbereich nicht hätten erreicht werden können. Bei der Berechnung der Energienachfrage trafen die Prognosen des vorangegangenen 10. Fünfjahresplan von jährlich 5% ebenfalls

nicht ein. Vielmehr stieg die Nachfrage nach Energie im vergangenen Planungszeitraum jährlich um mehr als das Doppelte. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung mahnte Wen Jiabao daher an, den Fokus nicht nur auf das reine Wirtschaftswachstum, sondern ebenfalls auf Energieeinsparung und Umweltschutz zu richten. Wie im 11. Fünfjahresprogramm (2006-2010) niedergeschrieben, sollte der Energieverbrauch bezogen auf das BIP-Wachstum pro Kopf in diesem Planungszeitraum um 20% und der Schadstoffausstoß um 10% sinken. (XNA, 20.2., 14.3.06; SCMP, 21.2.06; www.sepa.gov.cn; *The Economist*, 11.2.06) -Willmann-

## Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

### Illegale Schulgebühren dringendes Problem

Obwohl Schulgebühren im Pflichtschulbereich nach dem Bildungsgesetz von 1985 gesetzlich verboten sind und lediglich vermischte Gebühren für Lehrmaterial, Schulverpflegung etc. erhoben werden dürfen, wurden einem Bericht des Bildungsministeriums vom 21. März 2006 zufolge seit 2003 illegale Schulgebühren (*luan shou fei*) in Höhe von insgesamt 1,7 Mrd. Yuan eingezogen.

Bei den illegalen Schulgebühren sind gemäß dem *Bericht zur Lage der legalen und illegalen Schulgebühren* vier verschiedene Arten zu unterscheiden. So würden Abgaben für die Qualität der Ausbildung, zur Entwick-